

Bildung als öffentliches Gut - Eine Analyse von Auswirkungen der österreichischen Universitätspolitik auf Bildung als öffentliches Gut im Kontext ökonomischer Transformationen

Beobachtungen und Analysen in Bezug auf konfligierende Zwecke der Universität und machtpolitisch motivierte Eingriffe in die akademische Freiheit reichen weit in die europäische Universitätsgeschichte zurück (Rüegg 2004). Seit Ende der 1990er Jahre wird der Widerspruch zwischen Autonomie und Vereinnahmung im Kontext der De-Regulierung und Privatisierung in den deutschsprachigen erziehungs- bzw. bildungswissenschaftlichen Debatten wieder verstärkt verhandelt. Gegenstand der Analyse und Kritik sind universitäre Transformationsprozesse, die sich in der zunehmenden Dominanz ökonomischer Kriterien in der politischen Praxis und den Diskursen widerspiegeln. Die Kritik an der unmittelbaren Verflechtung von Universität und Wirtschaft wird dabei häufig mit dem umstrittenen Begriff Ökonomisierung gebündelt. Die Sorge, die in den ökonomisierungskritischen Debatten transportiert wird, ist, dass durch die Privatisierung und Kommerzialisierung die Idee von Bildung als öffentlichem Gut gefährdet wird. Damit sehen die KritikerInnen auch zentrale bildungspolitische Zielsetzungen, wie Demokratisierung und Chancengleichheit unterminiert (vgl. Ptak 2011). In der geplanten Arbeit möchte ich diesen Diskurs aufnehmen und der zunehmenden Verflechtung von Universität und Wirtschaft in Österreich nachgehen. Anhand relevanter Dokumente des BMWFW (und dessen Vorläufer) sowie ausgewählter Sekundärliteratur werden ökonomisch motivierte Transformationen in der Universitätspolitik nachgezeichnet und ihre Auswirkungen auf universitäre Bildung als Gut analysiert. Der Blick gilt der politischen Kontextualisierung von und dem Umgang mit Bildung als öffentlichem Gut, die sich in Diskursen, Handlungslogiken, konkreten Maßnahmen und ökonomisch induzierten Kennzahlen widerspiegeln.

Die zentrale Forschungsfrage lautet: *Welche Auswirkungen haben ökonomische Transformationen der österreichischen Universitätspolitik auf universitäre Bildung als öffentliches Gut?*

Mit Blick auf universitätspolitische Veränderungen in Österreich, lässt sich zumindest vorläufig die These aufstellen, dass die zunehmende Ausrichtung der Universitätspolitik an ökonomischen Parametern als Beispiel der veränderten staatlichen Regulation gelesen werden kann. So wurden etwa mit dem Universitätsgesetz 2002 nicht nur komplexe Wettbewerbs- und Leistungsmechanismen (z.B. Ziel- und Leistungsvereinbarungen, Globalbudgets), sondern gleichzeitig auch umfassende Dokumentationsinstrumente (z.B. Wissensbilanzen) eingeführt (Felt/Fochler 2010, S. 10ff.), mit denen die Einhaltung der Zielvorgaben seitens des Staates überprüft werden kann. Die Reformen werden maßgeblich mit der Sicherung der wirtschaftlichen Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit Österreichs legitimiert. Im Universitätsbericht 2017 wird auf die Rolle der Universität in diesem Kontext Bezug genommen: „[...] [D]as generierte Wissen in Forschung und Lehre [wirkt; M.T.H.] produktivitätssteigernd und ist ein zentraler Faktor in (unternehmerischen) Innovationsprozessen, die den Wirtschaftsstandort Österreich absichern“ (BMWFW 2017, S. 44). Zu diesem Zweck wurde zentral das Förderprogramm „Wissenstransferzentren und IPR-Verwertung“ entwickelt, das u.a. darauf abzielt die Verwertung von universitären Forschungsergebnissen zu

beschleunigen.¹ Gleichzeitig wird jedoch in der zunehmend verwertungsorientierten Universitätspolitik die Demokratisierung des Zugangs zu wissenschaftlichen Ergebnissen (z.B. durch den Wissenstransfer in die Gesellschaft) ebenfalls als ein strategisch wichtiges Ziel formuliert. In den Zieldimensionen der „Third Mission“, die neben Forschung und Lehre als zentrale Mission der modernen Universität festgeschrieben wird, lassen sich diese z.T. widersprüchlichen politischen Erwartungen erkennen: So soll diese sowohl „sozial verantwortlich“ als auch eine „unternehmerische Universität“ sein (BMWF 2017, S. 290).

Um die ökonomischen Transformationsprozesse in ihrer Komplexität und Wirkungsweise nachvollziehen zu können, wurden im Rahmen der Bildungswissenschaft theoretisch-reflexive Perspektiven erarbeitet, die auf die notwendige Einbeziehung der Interaktionen von Politik und Ökonomie verweisen (Forster 2010, Höhne 2015). Diese werden mit gütertheoretischer Perspektiven auf Bildung (Marginson 2012) sowie regulationstheoretischen Ansätzen (Jessop 2003) kombiniert, um auch die staatlichen Durchsetzungsmechanismen sowie Effekte auf Bildung als öffentlichem Gut erfassen zu können. Die Analyse umfasst einen zeitlichen Rahmen von ca. 40 Jahren. Dabei werden zentrale universitätspolitische Dokumente des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung mit den Methoden der Qualitativen Inhaltsanalyse (nach Mayring) und diskursanalytischen Zugängen anhand von vier Fragen untersucht: 1) Welche Merkmale weisen ökonomische Transformationen auf? 2) Wie werden ökonomische Transformationen politisch legitimiert? Wie werden Ökonomisierungsprozesse konkret abgesichert bzw. durchgesetzt? 4) Welche Effekte haben Ökonomisierungsprozesse auf Bildung als öffentliches Gut? Das Ziel der Arbeit ist es, universitätspolitische Entwicklungen, die als Ökonomisierung interpretiert werden, theoretisch-analytisch zu fassen, um sie in ihrer Komplexität und in ihrer Wirkungsweise nachvollziehen zu können. Dabei wird die Frage nach den Auswirkungen von Veränderungen an empirische Analysen rückgebunden, um Aussagen darüber zu formulieren, ob universitäre Bildung vom öffentlichen zum privaten Gut wird. Diesen Fragen nachzugehen ist nicht nur deshalb von Bedeutung, weil sich ökonomische Transformationen auf institutionelle Bedingungen wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion und damit auch auf die Möglichkeiten bildungswissenschaftlicher Kritik auswirken können, sondern weil der Zugang zu Bildung und Wissen nach wie vor (oder mehr denn je?) für die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Menschen entscheidend ist.

Bibliographie (Auswahl)

BMWF (2017): Universitätsbericht 2017. Online verfügbar unter: https://www.bmbwf.gv.at/fileadmin/user_upload/Publikationen/Universit%C3%A4tsbericht_2017_barrierefrei.pdf (Zugriff 16.3.2018).

Felt, Ulrike/Fochler, Maximilian (2010): Riskante Verwicklungen des Epistemischen, Strukturellen und Biographischen: Governance-Strukturen und deren mikropolitische Implikationen für das akademische Leben. – In: Steuerung von Wissenschaft? Die Governance des österreichischen Innovationssystems. Innovationsmuster in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte, Band 7, Innsbruck, S. 297-327.

¹ BMBWF: Wissenstransferzentren und IPR-Verwertung. Artikel verfügbar unter: <https://www.bmbwf.gv.at/forschung/national/programme-schwerpunkte/wissenstransferzentren-und-ipr-verwertung/>, Zugriff 5.4.2018

Forster, Edgar (2010): Kritik der Ökonomisierung. – In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Verstrickte Hochschule – Unternehmen Bildung, 2010, H. 115/3, S. 9-23.

Höhne, Thomas (2015): Ökonomisierung und Bildung. Zu den Formen ökonomischer Rationalisierung im Feld der Bildung. essentials. – Wiesbaden.

Jessop, Bob (2003): Postfordismus und wissensbasierte Ökonomie. Eine Reinterpretation des Regulationsansatzes. – In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.) (2003), S. 89-111.

Liesner, Andrea/Lohmann, Ingrid (2009): Zur neoliberalen Transformation der Bildungseinrichtungen. – In: Erler, Ingolf/Lichtblau, Pia/Renner, Elke (2009) (Hg.): Bildung unterm Hammer. Privatisierung und Umverteilung. Schulheft 133/2009, Jahrgang 34, Innsbruck, Wien, Bozen, S. 9-19.

Rüegg, Walter (Hg.) (2004): Geschichte der Universität in Europa. Band III. Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg (1800-1945). – München.

Ptak, Ralf (2011): Mehr und bessere Bildung durch Markt und Wettbewerb? Thesen zur politischen Ökonomie der aktuellen Bildungsdebatte. – In: Lohmann, Ingrid et al. (Hg.) (2011), S. 105-120.